Neuigkeit | Forschung und Transfer

Rechter Gewalt in Berlin-Brandenburg entgegenwirken

Rechte Jugendliche: Das Forschungsprojekt »Jupore« evaluiert Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und entwickelt neue Ansätze.

06.05.2020

Ausgangspunkt des interdisziplinär und multiperspektivisch ausgerichteten Forschungsprojektes »JUPORE − Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren« ist der Befund, dass in Berlin und Brandenburg regionale »Hotspots« auszumachen sind, die über viele Jahre hinweg durch eine hohe Anzahl an im weitesten Sinne rechtsmotivierten Gewalttaten auffallen. Es wird von der These ausgegangen, dass sich ein spezifisches gesellschaftliches Milieu und damit einhergehend spezifische politische Kultur bereits seit den 1990er Jahren herausgebildet und verfestigt hat.

Wie war der Umgang mit rechten Jugendlichen in den Neunzigern?

Seit dieser Zeit wurde versucht, mit Konzepten der Sozialen Arbeit und polizeilichen Maßnahmen auf das Problem des (jugendlichen) Rechtsextremismus zu reagieren. Uns geht es hier zunächst um eine Rekonstruktion des sozialarbeiterischen Handelns, das vor allem am Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ orientiert war, und des damaligen Handelns der Polizei.

Es wird zu rekonstruieren sein, von welchen sozialarbeiterischen, politischen und polizeilichen Prämissen die damaligen Akteure ausgingen. Unter anderem wird auch zu fragen sein, wie sich das damalige weitgehende Fehlen dezidiert geschlechtersensibler und rassismuskritischer Perspektiven auf die Fachdiskussion und praktische Arbeit ausgewirkt hat.

Neue Wege für den Umgang mit Rechtsextremismus entwickeln

Damit steht das Forschungsprojekt JUPORE einerseits im Kontext und in der Kontinuität einer fachlichen Diskussion und Kontroverse, die von Beginn an die sozialpädagogische Arbeit mit „rechten“ Jugendlichen und den polizeilichen Umgang mit Rechtsextremismus begleitet haben. Andererseits werden von dem Projekt neue Erkenntnisse erwartet, die für aktuelle Fachdiskussionen und praktische Bemühungen von hoher Relevanz sind.

Zusammenarbeit von Wissenschaft, Sozialer Arbeit und Polizei

Das qualitativ ausgerichtete Forschungsprojekt wird methodisch mit der Kombination verschiedener Forschungsmethoden, der Triangulation, vorgehen (leitfadengestützte Expert_inneninterviews, Diskursanalyse, Forschungsstandauswertung). Geplant sind projektbegleitend jährlich stattfindende Werkstattgespräche mit Fachkräften aus Sozialer Arbeit, Polizei und Zivilgesellschaft.

- Zur Projektwebsite des IFAF Berlin

Projektleitung:

- Prof. Dr. Esther Lehnert, Alice Salomon Hochschule Berlin
- Prof. Dr. Christoph Kopke, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Projektlaufzeit:
1. April 2020 bis 31. März 2022

Projektpartner:

- Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung
- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- Emil Julius Gumbel Forschungsstelle - Moses Mendelssohn Zentrum
- Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

Gefördert durch das Institut für angewandte Forschung Berlin